

Der Lübecker Volksbote erscheint jeden Samstag, außer an Sonn- und Festtagen. Der Abonnementspreis beträgt bei Lieferung durch den Boten frei ins Haus für die erste Jahreshälfte 1500.— M. Einzelverkaufspreis 120 M.

Redaktion: Johannisstraße 46.

Telefon 1905 nur Redaktion.
1926 nur Geschäftsstelle.

Lübecker



Volksbote

Tagesszeitung für das arbeitende Volk.

Nummer 108.

Freitag, 11. Mai 1923.

30. Jahrgang.

Regierungskrise?

Die Haltung der englischen Regierung im Verlauf der letzten Wochen, insbesondere ihre jüngste Erklärung im Unterhaus, zeigen, daß man in London aus politischen und wirtschaftlichen Gründen eine Beendigung des Ruhrkonflikts und eine endgültige Lösung des Reparationsproblems herbeiführt. Ähnlich verhält sich auch das italienische Kabinett. Unseres Wissens haben beide Staaten zum mindesten in letzter Zeit nichts unternommen, um gemeinsam auf die Regierungen ihrer Verbündeten im Sinne einer schnellen Verständigung einzuwirken. Schon in Anbetracht dessen kann kaum noch angezweifelt werden, daß die noch zu erwartenden Antworten aus London und Rom der Wilhelmstraße im Einverständnis mit Poincaré den guten Rat geben, ein erweitertes Angebot an die Entente zu richten und in diesem Vorschlage weniger die Räumungsfrage und die Angelegenheit der passiven Resistenz zu behandeln, sondern die deutsche Leistungsfähigkeit, unsern Zahlungswillen und die notwendigen Garantien hauptsächlich in den Vordergrund zu stellen. Die Art der Räumung des Ruhrgebietes, wie die Erörterung der Frage der passiven Resistenz, scheinen sowohl England wie Italien den notwendigen Verhandlungen überlassen zu wollen.

Mit dem Wunsch, die Erörterung der Räumungsfrage und des Verzichts auf den passiven Widerstand Verhandlungen zu überlassen, könnten wir uns einverstanden erklären, und wir glauben, hier einer Auffassung mit dem überwiegenden Teil der Ruhrbevölkerung zu sein. Die Frage aber ist, ob auch die gegenwärtige Regierung auf Grund ihrer Vergangenheit zu einem derartigen Einverständnis sich bereit zeigen kann und ob sie insofern überhaupt in der Lage ist, ein neues Angebot an die Entente zu machen das diese bei den genannten Fragen im wesentlichen unbehandelt läßt und sich nur mit der Lösung des Reparationsproblems, vom deutschen Gesichtspunkt aus gesehen, beschäftigt. Sowohl Cuno wie Rosenberg haben bisher nach innen und nach außen ohne viel Mühe den starken Mann gespielt und sich dadurch bei den deutschen Spießbürgern gewisse Sympathien erworben. Diese Sympathien zu behalten, war bisher ihre eifrigste Sorge. Bei allen außenpolitischen Handlungen kommt diese Sorge zum Ausdruck. Sie bildet auch den Hauptanlaß dafür, daß die letzte Note nicht vom rein außenpolitischen Standpunkt aus verfaßt wurde, sondern unter dem Druck der innenpolitischen Verhältnisse zustande kam. Will diese Regierung eine neue weitergehende Antwort an die Entente geben, dann wird sie unbedingt mit der bisherigen Taktik brechen müssen, dann muß sie sich darüber klar sein, daß sie auf die Freundschaft der Deutschnationalen verzichten muß. Der einzige Kummer dieser Partei ist, aus dem Glend des

Volkes parteipolitische Erfolge zu erzielen und nach Möglichkeit den gegenwärtigen Konflikt bis zum Chaos auszuwehnen. Sobald die Herren Cuno und Rosenberg sich hierzu nicht mehr hergeben würden, sobald sie also den Versuch machen, durch ein weitgehendes, geschickt ausgearbeitetes Angebot, das jede Zweideutigkeit vermieden läßt, die Basis für Verhandlungen zu bilden, ist es mit der Freundschaft der Deutschnationalen aus. Diese Parteirichtung will keine Verhandlungen, und sie verwirft deshalb auch jedes positive Angebot, das den Ententemächten Zugeständnisse macht. Ihr Ziel ist die „Kapitulation der Franzosen“, obwohl sich jeder klarschauende Mensch schlüssig darüber sein muß, daß der „Kapitulation Frankreichs“ eine Niederlage des wirtschaftlich fast erdrockelten Deutschlands vorausgehen muß. Wir befürchten dennoch, daß der ehemalige Geheimrat Cuno als Untergebener des Herrn Helfferich, und ebenso der gegenwärtige Außenminister, nicht den Mut aufbringen werden, mit der Partei, die den Namen „Deutschnational“ nur als Maske trägt, zu brechen und daß sich dann das bewährte muß, was vorsichtig urteilende Politiker voraussetzen, daß der Rücktritt dieser Regierung zur Notwendigkeit wird. Ohne Verzicht auf die deutschnationalen Unterstützung gibt es keine Klärung der außenpolitischen Lage, wie sie von der ganzen Welt durch Deutschland erwartet wird — nur gegen diese Parteirichtung ist ein Ausweg aus dem schwierigen Konflikt der Gegenwart möglich.

Ohne dringenden Anlaß wird die Sozialdemokratie nichts unternehmen, um eine Krise im gegenwärtigen Augenblick zu fördern. Sie wünscht, daß die Regierung, die seit November v. J. die Geschäfte des Deutschen Reiches führt, nach Möglichkeit nicht nur die neue Antwort gibt, sondern auch die notwendigen Verhandlungen einleitet und zu Ende führt. Ob das gegenwärtige Kabinett dazu imstande ist, oder durch Personenwechsel in einzelnen Ressorts dazu fähig gemacht werden kann, wird sich bald zeigen. Am Montag — nach Ankunft der englischen Note — beabsichtigt der Reichsfinanzminister im Reichstag eine Erklärung über die außenpolitische Lage abzugeben. Schon hier dürfte der erste Beweis erbracht werden, ob seine Regierung die Fähigkeiten zur Fortsetzung der Diskussion besitzt, ob sie im Ernst bereit ist, neue positive Vorschläge an die Entente zu richten und in der Tat auch den Willen hat, hierfür die notwendigen Voraussetzungen zu schaffen. Die Auffassung, daß diese Vorschläge die den Deutschnationalen so verhasste „Erfassung der Sachwerte“ enthalten müssen, ist inzwischen Gemeingut aller bürgerlichen Parteien des Reichstags geworden.

Verhängung der Todesstrafe durch ein französisches Kriegsgericht.

Düsseldorf, 11. Mai.

Das französische Kriegsgericht verhandelte in seiner Sitzung am Dienstag und Mittwoch gegen den Hauptmann Schlageter, Berlin, den Kaufmann Sadomski-Essen, den Studenten der Medizin Beder, den Kaufmann Werner-Potsdam, den Kaufmann Zimmermann, den Zeichner Bisping aus Essen und den Kaufmann Kuhlmann. Den Angeklagten wurde zur Last gelegt, im besetzten Gebiet im März und April zum Schaden der Besatzungstruppen Nachrichten gesammelt, verbreitet und den Berliner Behörden übermittelt zu haben. Ferner wurden sie beschuldigt, Anschlüsse gegen Bahnanlagen, Sprengungen und dergleichen verübt oder versucht zu haben. Ein weiterer Punkt der Anklage betraf die Erschießung des Kommunisten und französischen Spießes Sinder, der angeblich von Sadomski erschossen sein soll. Die Angeklagten haben in der Verhandlung sämtliche ihnen zur Last gelegten Vergehen in Abrede gestellt. Das Kriegsgericht verurteilte Schlageter zum Tode, Sadomski zu lebenslänglicher Zwangsarbeit, Beder zu 15 Jahren Zwangsarbeit, Werner zu 20 Jahren Zwangsarbeit, Bisping und Kuhlmann zu je 7 Jahren Gefängnis und Zimmermann zu 10 Jahren Gefängnis. Gegen Sadomski wird außerdem noch wegen der Erschießung des Kommunisten Sinder weiter verhandelt.

Ein Fasziistentat in Lausanne.

Lausanne, 11. Mai.

Gestern abend gegen 9 Uhr wurden die drei Mitglieder der russischen Delegation, der russische Vertreter in Rom, Borowski, sowie der frühere Presschef der russischen Delegation, Ahrens, von der Berliner Botschaft und dessen Privatsekretär, ein junger Mann von etwa 20 Jahren, im Speiseraum des Hotels Cecil von einem offenbar im Auftrag der sogenannten Nationalen Liga (Schweizer Faschisten) handelnden Lausanner durch mehrere Revolverkugeln tödlich verletzt. Borowski ist den Schüssen sofort erlegen, während die beiden anderen schwer verletzt wurden. Der Mörder, ein früherer Schweizer Offizier von etwa 38 Jahren, namens Conradi, erst gestern aus Zürich eingetroffen, hat sich sofort nach der Tat gestellt mit den Worten: Da bin ich. Ihr könnt mich verhaften.

Diviltowstis Verletzung lebensgefährlich.

Lausanne, 11. Mai.

Die Verwundung Diviltowstis, des Privatsekretärs Borowski, stellt sich als viel schwerer heraus, da die Kugel, die er erhielt, von der Hüfte in den Bauch gedrungen ist. Es besteht wenig Hoffnung, ihn am Leben zu erhalten. Dagegen sind die Verwundungen von Ahrens nicht lebensgefährlich.

Finanzfragen in Lausanne.

Lausanne, 9. Mai.

Bezüglich der Unterfertigung des wirtschaftlichen Teils des künftigen Vertrages fordern die Alliierten, wobei sie von Rumänien und Jugoslawien unterstützt wurden, daß die Türkei, Belgien, Polen, Portugal und der Tschechoslowakei dieselben Rechte wie den Großmächten gewährt werden. Ismet Pascha empfindet dagegen, es diesen Staaten nur zu ermöglichen, separate Verhandlungen mit der Türkei zu führen. Die diesbezügliche Diskussion wird fortgesetzt werden. Es verläutert, daß der wahrscheinlich Ende Mai oder Anfang Juni zu unterfertigende Vertrag es ermöglicht, daß erforderlichenfalls direkt zwischen den Inhabern von Kupons türkischer Anleihen und der Angoraregierung verhandelt werden.

Lausanne, 8. Mai.

Die Schließung der Bank von Athen in Konstantinopel hat in den Kreisen der Konferenzteilnehmer lebhafteste Erregung hervorgerufen, da umfangreiches englisches und französisches Kapital in diesem Unternehmen investiert ist.

London, 8. Mai.

Aus Konstantinopel wird gemeldet, die türkische Polizei habe die fremden Staatsangehörigen in Konstantinopel, die dort Handel treiben, davon unterrichtet, daß, falls von ihnen nicht binnen zehn Tagen die Einkommensteuer der letzten beiden Jahre entrichtet worden ist, die Zollbehörden Waren einbehalten und die Regierung alle Mittel anwenden wird, um die fremden Kaufleute daran zu hindern, ihr Geschäft fortzusetzen.

Der 11. August Nationalfeiertag.

Im Rechtsausschuß des Reichstages wurde am Dienstag bei der Beratung des Gesetzentwurfes über die Feiertage und Gedenktage der 11. August, der Verfassungskonferenztag, als Nationalfeiertag bestimmt, und zwar gegen die Stimmen der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei, die für den 18. Januar stimmten. Für die Sozialdemokratie gab Genosse Hoffmann-Kaiserslautern die Erklärung ab, daß sie auf den 1. Mai und 9. November als Nationalfeiertage verzichte, weil die allgemeine Zustimmung fehle. Die Sozialdemokratie wolle jedoch diese beiden Tage als staatliche Feiertage anerkennen lassen.

Die englische Antwortnote im Unterhaus.

London, 10. Mai.

Das Mitglied Berkeley hat den Premierminister im Unterhaus gefragt, ob der Minister jetzt sagen könne, ob dem Hause die britische Antwort auf die deutsche Note rechtzeitig für die heutige Debatte gestellt werden könne. Baldwin erwiderte: Nein, ich glaube nicht, daß die Note an Deutschland abgefaßt ist. Kenyon fragte, ob die kürzliche Note der deutschen Regierung über die Reparationen der Regierung der Vereinigten Staaten überreicht wurde, und ob die britische Regierung beabsichtige, über diese Note mit der amerikanischen Regierung ebenso wie mit der italienischen Regierung Ansichten auszutauschen. Baldwin erwiderte: Die Antwort auf den ersten Teil der Frage laute bejahend und auf den letzten Teil verneinend. Die Vereinigten Staaten hätten keinerlei Ansprüche an Deutschland für Reparationen gestellt und es seien keinerlei Anzeichen vorhanden gewesen, daß sie zu Rate zu ziehen etwas anderes als eine Quelle der Befriedigung für sie sein könnte. Wedgewood Benn fragte, ob es nicht Tatsache sei, daß der deutsche Vorschlag, die Forderung der Alliierten einem Schiedsgericht zu unterbreiten, auf eine Rede des Staatssekretärs Hughes zurückzuführen sei. Baldwin antwortete, dies sei ihm nicht bekannt.

Auch von den Ausweisungen rückt England ab.

London, 11. Mai.

Im Laufe der gestrigen Sitzung des Unterhauses hat der Unterstaatssekretär des Auswärtigen Amtes, Mac Neill, in Beantwortung einer Frage die Erklärung abgegeben, daß die zahllosen Ausweisungen deutscher Beamter, die von der Interalliierten Rheinlandkommission angeordnet wurden, durchweg ohne die Zustimmung des englischen Kommissars erfolgt wären. Mac Neill

fügte hinzu, der englische Kommissar habe die Weisung erhalten, sich von allen Entscheidungen der Rheinlandkommission über Fragen, die sich aus der Ruhrbesetzung ergeben, fernzuhalten.

Englands Bedrohung durch Frankreichs Luftflotte.

London, 11. Mai.

Lord Birkbeck fragte in der gestrigen Oberhaus-Sitzung die Regierung, welche Informationen sie über den Bau von Flugzeugen in Deutschland habe: erstens für militärische und zweitens für Handelszwecke, und welches die Politik der Regierung über den Luftstandard wäre, den die Sicherheit Englands erfordere. England besitze 54 Fliegerabteilungen mit 395 Flugzeugen verglichen mit 140 Fliegerabteilungen und 1260 Flugzeugen Frankreichs. Dieses Mißverhältnis in der Stärke der zwei benachbarten Länder, so freundschaftlich auch ihre Beziehungen wären, sei so alarmierend, daß keine Regierung die Fortdauer dieses Mißverhältnisses gestatten könne. Er stelle diese besondere Frage über Deutschland, um klarzustellen, ob irgend eine so furchtbare Bedrohung der Mittelpunkt Europas bestehe, wie ein Teil der Presse behauptet. Er habe Mitteilungen gelesen, wonach in Deutschland und in Rußland unter Leitung früherer deutscher Offiziere sicherhaft an der Herstellung von Flugzeugen gearbeitet werde. Alle ihm zur Verfügung stehenden Informationen lauteten jedoch entgegengesetzt und seine Quellen wären, obwohl nicht offiziell, doch zuverlässig. Lord Salisbury erwiderte im Namen der Regierung, was die besondere Frage über Deutschland betreffe, so bestehe keinerlei Grund zu der Annahme, daß die deutsche Regierung dem Versailles-Vertrag zuwiderhandle.

Dollar 39000.

Reichstag.

Die Mittwoch-Sitzung des Reichstages wurde durch die Debatte über den Finanzetat ausgefüllt. Vor Eintritt in die Tagesordnung protestierte der Reichstagspräsident gegen den Justizmord von Werdn. Hierfür fand er auch die Zustimmung derjenigen Parteien des Reichstages, die selbst heute noch das Verbrechen für berechtigt halten.

Die Redner der bürgerlichen Parteien: Lange-Hagermann (Zentr.), Lambach (Dl.), Daus (Dl.) und Dr. Fischer-Klein (Dem.) beschäftigten sich in der Hauptsache in recht oberflächlichen Darlegungen mit dem Zusammenbruch der Stützungsaktion für die Marx. Besondere war, daß gerade bei diesem Thema die Deutschnationalen nicht Herrn Helfferich, sondern den vollkommen bedeutungslosen Lambach, einen Angehörigen des Deutschnationalen Handlungsgehilfenvereins, als Redner vorkommen ließen. Von den Ausführungen dieses ungeschickten Redners konstatieren die Interessierten, daß die Steuererhöhung war ein Hilfsmittel bemerkenswert. Er hätte, es sei notwendig, bei den Steuerdebatten in eine andere Atmosphäre zu kommen. Trotzdem lehnte er den Grundgedanken des sozialdemokratischen Vortrages ab, der verlangt, daß die Kosten der Rüstungsbereitstellung aufgebracht werden durch eine Belastung der hohen Einkommen und der Vermögenden. Alle übrigen bürgerlichen Redner traten das Gleiche. Sie glaubten, im einem Antrage des Zentrums, der eine Veranschlagung der künftigen Voraussetzungen für Einkommen- und Körperschaftsteuer vorliege, ein wirksames Gegenstück zu dem sozialdemokratischen Antrag gefunden zu haben. Infolgedessen teilt der Reichstagsminister Dr. Hermes mit, daß die Untersuchung über die unterbreiteten Vorschläge, die von Herrn Dr. Lambach (Dl.) (Stier) noch nicht abgeschlossen ist.

Um die von Dr. Fischer-Klein nicht angebotene eingeleitete Tafel zu erläutern, ersetzte als letzter Redner Genosse Herz das Wort. Er stellte fest, daß der Zentrumsvortrag nicht für die Vorauszahlung am 15. Mai, sondern erst für die am 15. August in Frage komme. Er sei also für die Abschätzung der ungeheuren Ungerechtigkeit des jetzigen Steuerregimes vollkommen wirkungslos. Als Ersatz für den sozialdemokratischen Antrag läßt er deshalb nicht in Betracht, wohl aber als Ergänzung dazu. Der sozialdemokratische Antrag fordere, daß den ungeheuren Opfern an Geld und Gut an Leben und Gesundheit, die die große Masse der Bevölkerung in ihrem selbstlosen Abwehrkampf im Ruhrgebiet auf sich genommen habe, eine kleine Zahl der Besitzenden durch Übernahme der dem Reich entstandenen Mehrkosten gegenüberüberstellt wird. Neben alle diese Zahlen läßt man reden, wenn die Regierung den Gesetzentwurf vorlege. Der sozialdemokratische Antrag sei ja nur eine Forderung, durch die die Regierung zu dem Gesetzentwurf gezwungen werde. Wer aber die Entscheidung ablehne, der solle damit keine Gewissheit zu dem Grundgedanken und der Sache der Arbeiter, in der jetzt die Steuerdebatten geführt werden. Die Ablehnung des sozialdemokratischen Vortrages sei das Zeichen, daß man, wie im Ruhrgebiet nach dem Scheitern, so auch hier die Verantwortung durch den Volks in Zukunft nicht zu tragen bereit ist. — Darauf verzogte sich das Haus auf Freitag.

Es sind ja nur Arbeiter!

Als die Sozialdemokratie im Verlauf dieser Woche den Antrag stellte, den im neu- und altdeutschen Gebiet erlassenen Arbeiterrecht das Recht auf Mitbestimmung gesetzlich zu sichern, zeigten die bürgerlichen Parteien erneut, daß sie für die Notwendigkeiten der Gegenwart nicht einmal oder nur dann Verständnis haben, wenn es sich um Angehörige ihrer eigenen Schichten handelt. Statt dem Antrag zu folgen, wurde keine sofortige Verwirklichung gegen die Stimmen der Sozialdemokratie abgelehnt. Sogar wird überhaup nicht im Einverständnis mit dem Antrag für irgendeine Forderung im Ruhrgebiet nur dann Anerkennung finden, wenn es sich um Leute handelt, deren Name — ob mit Recht oder Unrecht — einen Klang hat. Erst in diesen Tagen ist für diese Behauptung wieder ein trauriges Beispiel geliefert worden. Während in Werdn gegen die Direktoren von Krupp und ein Betriebsratsmitglied verhandelt wurde, beging ein anderes französisches Kriegsgewerbe in Mainz an mehreren Vertretern der Eisenbahner ebenfalls Verbrechen. Drei Monate schon harrten diese Eisenbahner aus Willkür gegenüber ihrem Vaterlande hinter Schloß und Riegel; am Montag wurden sie zu insgesamt 78 Jahren Gefängnis verurteilt. Nicht ein Wort der Sympathie vernahm man bisher von der Reichsregierung, die es sich jedoch nicht nehmen ließ, an Herrn Krupp gleich mehrere Rundgebungen auf telegraphischem Wege zu richten. Auch das halbamtliche Wolff-Bureau hat es bis jetzt nicht für notwendig gehalten, den Justizmord in Mainz zur Kenntnis der Leserschaft zu bringen. Bei behaupten und mildernden bürgerlichen Vertretern wird Name, Titel, Beruf, Wohnort, alles was das Herz begehrt, von dieser Inkonsistenz sorglos angegeben, während die Arbeiter in der Regel nur als „Arbeitgeber“ bezeichnet werden.

Mit Dank erkennen wir an, daß wenigstens der Reichspräsident: auch der Mainzer Dr. geht für. Wo aber bleibt der Reichstagspräsident, der sich an einer Kolossalnummer an Herrn Krupp eine amüßliche Rundgebung gegen das Verderben Urteil leistete, die auf Grund ihrer Form im Inneren Deutschlands besser unentdeckt wäre. Die Mainzer Eisenbahner, wie überhaupt alle Arbeiter, die unter dem Druck der Belagerung leiden, werden zweifellos auch ohne große Sympathieausdrückungen im Interesse der Allgemeinheit die ihnen auferlegten Opfer gern tragen. Aber dennoch ist es unerträglich, die Opferbereitschaft der deutschen Arbeiterklasse vorzuführen, wie es durch die Reichsregierung und durch deren Telegrammbureau geschieht ist, während man bei Männern aus bürgerlicher Reihe kaum genug Worte zu finden weiß, um ihnen vor dem ganzen Volk Dank und Anerkennung zuzulassen.

Inzwischen hat die Reichsregierung ein alle nicht an der Ruhrbelagerung beteiligten Regierung: eine rote Übersetzung lassen, die gegen das Verderben Urteil protestiert. Wir haben Verständnis für die Absicht, die dazu geführt haben, aber wir sind der Auffassung, daß die Regierung sich nichts vergeben, im Gegenteil die Wirkung des Protestes vergrößern kann, wenn sie gleichzeitig auch mit einem Wort auf den Justizmord in Mainz eingegangen wäre. Aber auch hier scheint die Komposition des Justizmordes gegen deutsche Arbeiter nicht der Mühe wert gewesen zu sein.

Protest des Eisenbahnerverbandes.

Der Vorstand des Deutschen Eisenbahner-Verbandes stimmt mit Entschiedenheit Kenntnis von den ungesetzlichen Urteilen des französischen Kriegsgewerbes in Mainz, wodurch neben anderen auch sein Generalsekretär des Deutschen Eisenbahner-Verbandes auf Lebenszeit in ein Konzentrationslager verbannt werden, nachdem sie bereits bis zu drei Monaten in Haft gehalten wurden. Die Regierung hat keine Rücksicht auf die Interessen der Arbeiter.

und ihre christliche Überzeugung gebot. Sie haben gehandelt, wie sie als gewerkschaftlich organisierte deutsche Eisenbahner und Funktionäre handeln mußten und wie es ihre Organisationsleitung als etwas Selbstverständliches verlangte.

Ihre Verurteilung ist ein roter Gewaltakt.

Brutale Kriegsmacht hat an die Stelle des ordentlichen Rechts das System der Willkür und Schreckensherrschaft aufgerichtet, weniger um einzelne Personen zu treffen, als um die Organisation der Eisenbahner durch Furcht und Schrecken ihren Wünschen zugänglich zu machen. Über die Rechnung ist falsch: So wenig sich die deutschen Eisenbahner bisher durch Drohungen, Verlockungen, Mißhandlungen und sonstige schöne Tugenden der Gewalttäter von ihren Pflichten abbringen ließen, so wenig wird es durch solche Inquisitionsurteile geschehen. Nach wie vor werden es die Eisenbahner ablehnen, unter Diktanden und unter einer fremden Herrschaft dem Imperialismus zu dienen. Sie werden nach wie vor dem Lande die Treue halten, das sie geboren hat und das ihnen bisher Brot gab. Der Deutsche Eisenbahner-Verband hat wiederholt an das Gewissen der Welt appelliert wegen der Mißhandlungen, Ausweisungen und Tötungen seiner Mitglieder durch französische und belgische Militär. Er hat wiederholt der Welt geltend gemacht, daß seine unter dem Druck lebenden Mitglieder nichts anderes gewollt haben, als was jeder ehrliche und eheliebende Mensch seiner Heimat, seiner Familie und seinem Vaterlande schuldig ist. Der Deutsche Eisenbahner-Verband appelliert erneut an das Weltgewissen gegen die brutale Willkür des Militarismus, die ohne einen Schein von Recht ehrliche und friedliebende Deutsche in den Kerker wirft. Diese Tat dient der Schändung des Völkertums, sie muß den Jern und die Empörung aller gerecht denkenden Menschen hervorgerufen.

Der Vorstand des Deutschen Eisenbahnerverbandes ersucht den französischen Hofstaat als den Opfern blinder Rachehölle einen Gruß. Er erwartet, daß mit ihm die international führende Arbeiterkraft alles tun wird, um die Leiden der eingekerkerten Kollegen abzumildern und er hat das Vertrauen, daß der Vorkämpfer der Eisenbahner gewählte Kämpfer die Aufrichtigkeit bevorzugen, in die Schranken französisch-belgischer Kapitalisten zu geraten.

Für die Freiheit der Arbeiter aller Länder!

Eine Erklärung sämtlicher Gewerkschaften.

Der Notenwechsel der letzten Tage über Reparation und Ruhrbelagerung gibt den unterzeichneten Verbänden der deutschen Arbeiter und Angehörigen Anlass zu erneuter Stellungnahme, weil es sich um Lebensfragen des arbeitenden Volkes handelt, die ohne seine Mitwirkung nicht selbst werden können, und weil der Notenwechsel schon jetzt Irrtümer aufweist, deren Beseitigung unbedingt notwendig ist, wenn weiteres Unheil von der Arbeiterkraft in allen Ländern ferngehalten werden soll.

Die unterzeichneten Verbände sind, der politischen Lage Rechnung tragend und in dem Wunsch, die Nachwirkungen des Krieges baldmöglichst zu heilen, von je her für Reparationen eingetreten und haben die Bereitwilligkeit der deutschen Arbeiter und Angehörigen, an Reparationen mitzuwirken, immer wieder betont. Sie versichern auch heute ihre Bereitwilligkeit zu Reparationen in den Grenzen des Möglichen. Sie sind dabei allerdings durchdrungen von der Überzeugung, daß die deutsche Reparationsleistung allein den Wiederaufbau der europäischen Wirtschaft nicht bewirken kann und daß dieser Wiederaufbau nur durch das verständnisvolle Zusammenarbeiten aller beteiligten Völker auf der Grundlage des Friedens und der wirtschaftlichen Gerechtigkeit möglich ist.

Untereinander mit diesen Grundgedanken ist der Einbruch der Franzosen und Belgier in das Ruhrgebiet, für den der Friedensvertrag von Versailles keine Unterlagen bietet und der wirtschaftliche Voraussetzungen durch militärische Gewalt erzeugen will. Er bedroht in gleicher Weise das Selbstbestimmungsrecht weiler Teile des deutschen Volkes und damit dessen Einheit und Freiheit, wie er die Freiheit der Arbeit, das Gemeinwohl der arbeitenden Menschen aller Völker unterdrückt.

Hiergegen richtet sich der Widerstand der deutschen Arbeiter und Angehörigen, die passive Resistenz, die geistige und sittliche Waffe, die keinem Volke gegenüber der Unterdrückung genommen werden kann. Dieser Widerstand ist spontan aus den besten Kräften des Volkes hervorgegangen, weil an der Ruhr Gewalt und Unrecht zu herrschen versuchen. Keine Regierung hat diesen Widerstand befehlen oder schaffen können, keine Regierung kann ihn abstellen und keine wird ihn, selbst mit den grausamsten Mitteln der Gewalt zu unterdrücken vermögen.

Die deutschen Arbeitnehmer werden in ihrem Widerstand nicht einen Tag länger verharren, als an Rhein und Ruhr der rechtswidrige Zustand andauert. Sie führen dabei einen tapferen Kampf, aber trotz Not und Entbehrung fühlen sie sich stark in dem Bewußtsein, ihr gutes Recht, die Freiheit ihres Arbeitsvolkes, zu verteidigen. Sie kämpfen zugleich in der Überzeugung, nicht nur für ihre eigene Freiheit, sondern auch für die Freiheit der Arbeitnehmerschaft aller Länder einzutreten. Die Zustimmung, die ihnen von dort einstimmig zuteil geworden ist, läßt sie zuversichtlich glauben, daß über Nachtgeboten und Brüdern der Regierungen hinweg auch die vernünftige internationale Frage der Reparation schließlich eine Lösung auf dem Boden der Vernunft und Gerechtigkeit finden wird.

Berlin, den 9. Mai 1923.

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund.
Deutscher Gewerkschaftsbund.
Deutscher Gewerkschaftsring.

Aus der Reichswehr.

Vor kurzer Zeit fand in Breslau ein Beleidigungsprozeß statt, in dem ein Hauptmann Fischer vom Reichswehregiment Nr. 7 durch sidiische Zeugenaussagen der unglücklichsten Belagerung seiner Mannschaften gegen die Republik überführt wurde. Dieser wilhelminische Generalfeld hat es fertig gebracht, vor seiner Kompanie nicht nur die Reichswehr als Juden- zählung zu beschimpfen, sondern auch schamlos zu erklären, daß die Reichswehr zu gegebener Zeit der Schwelmebande von sozialdemokratischer Reichsregierung — worunter er die Regierung Würth verstand — die Garde durchschneiden werde. Den Rathenau-Mord bezeichnete er als eine lächerliche Lappalie; von diesem Indenungen solle man nicht in viel Aufhebens machen, da man genug von dieser bösen Sorte hätte. Es bedurfte erst dieses Prozesses, in dem der jamahe Reichswehrgewaltmann natürlich als Richter amtrat und der belagerte Redakteur wegen Beleidigung zu 200 Mk. Geldstrafe verurteilt wurde, bis endlich der Herr Reichswehrgewaltminister Kenntnis von der Hege in dem Breslauer Prozeß erhielt und dieser verurteilende Urteil republikanischer Soldaten vom Disz. suspendiert wurde.

Betriebsrätewahlen bei der Reichsbahn.

Am 11. und 12. Mai finden in den unbesetzten Teilen Deutschlands die Betriebsrätewahlen bei der Reichsbahn statt. Wie im Vorjahre, so steht auch diesmal der „Deutsche Eisenbahner-Verband“ einer ganzen Reihe von Gegnern gegenüber. Es sind da in erster Linie die christliche „Gewerkschaft Deutscher Eisenbahner“ und der Sirij-Dandorische „Allgemeine Eisenbahner-Verband“. Während des ganzen Jahres haben diese beiden Verbände bei den gemeinsamen Tarifverhandlungen oder anderen Unternehmungen der Gewerkschaften dem „Deutschen Eisenbahner-Verband“ willig die Führung überlassen. Jetzt im Wahlkampf aber wagen sie es, dem D. E. V. und seinen Betriebsräten die Verantwortung dafür zuzuschreiben, daß nicht alle Forderungen der Eisenbahner erfüllt, nicht alle von der Verwaltung angestrebte Verschlechterungen abgewehrt werden konnten. Mit Heftigkeit wenden sie sich gegen die „Phrasen“ des D. E. V. und legen zugleich mit wahrhaft phrasenhaften Reden die Mängel des Betriebsrätegesetzes dar. Wohl nirgends aber haben die Betriebsräte dieser beiden Organisationen von den Rechten, die ihnen das Betriebsrätegesetz gibt, Gebrauch gemacht. Jetzt glauben sie, den Eisenbahnern vorreden zu können, es sei die Schuld der unwillkürlichen „Kritikern“ aus den freien Gewerkschaften, daß das Betriebsrätegesetz den Betriebsräten kein volles Mitbestimmungsrecht gibt. Das von ihnen ausgelegte System der paritätischen Betriebsvertreterungen weisen sie zugleich als das Ideal der Arbeitsdemokratie. Wie wenig die Christen und die Sirij die Arbeiterinteressen vertreten, ergibt sich schon daraus, daß sie im Reichs- wirtschaftsrat allen Verschlechterungsansätzen der Unternehmer zum Arbeitszeitgesetz zustimmen. Um dem D. E. V. eine möglichst große Niederlage bei den kommenden Wahlen zu bereiten, haben sich die beiden Verbände in allem Ueberflusse auch noch mit den Kommunisten verbündet. Alle Argumente, die die Kommunisten gegen den von ihnen besonders gehassten Eisenbahnerverband vorbringen, werden von den Christen und den Sirijen als bare Münze in den Handel gebracht. In einigen Orten ist die Verbindung so eng, daß wir Christen, Sirije und Kommunisten auf ein- und derselben Wahlliste zusammenfinden. Die Verbindung stellt die „Reichsgewerkschaft der Eisenbahner und Handwerker“ her. Diese Organisation ist höchst unbestimmten Ursprungs, hat eine bewegte Vergangenheit und wird von den Kommunisten als Sammelkasten für diejenigen Eisenbahner benutzt, die infolge ihrer im Eisenbahner-Verband eingetragenen Stellung (auf Grund kommunistischer Befehle) ausgeschlossen wurden. In anderen Orten haben die Kommunisten Listen der „Unorganisierten“ eingereicht, die schon durch diese Bezeichnung für die Abkehr von den Gewerkschaften Propaganda machen. Die Mehrheit der Eisenbahner dürfte trotzdem bei den kommenden Wahlen befunden, daß sie immer noch zu der aufrichtigen, ehrlichen und erfolgreichen Politik des Deutschen Eisenbahner-Verbandes das größte Vertrauen haben.

Polen und Danzig.

(Von unserem Danziger Korrespondenten.)

SPD. Polen hat es nie verschmerzen können, daß ihm Danzig nicht bedingungslos zugesallen ist. Es konnte zwar nicht bestreiten, daß Danzig eine fast rein deutsche Stadt sei, aber es führte historische, wirtschaftliche und militärische Gründe ins Feld, um seine Ansprüche auf Danzig zu begründen. Daß es damit seinen vollen Erfolg hatte, schreibt man in Polen hauptsächlich Lloyd George und den Engländern überhaupt zu. Es ist dies einer der Gründe, weshalb die wahre Stimmung der nationalpolnischen Kreise England gegenüber ein mit Respekt gemischter und dadurch in seinen Neugierden gedämpfter Haß ist.

Die Versäßer Friedenskonferenz hat nun in der Danziger Frage, wie in so vielen anderen, sich nicht klar für Recht und Unrecht entschieden, sondern einen faulen Kompromiß geschlossen. Die freie Stadt Danzig ist eines der Beispiele der Balkanisierung des Ostens, die, da sie nicht einmal unter Berücksichtigung der nationalen Grenzen durchgeführt wurde, wie der Balkan selbst eine Menge von Konfliktstoffen in sich birgt. Um Polen entgegenzukommen, hat man Danzig eng an Polen gekettet. Es bildet einen Teil des polnischen Zollgebietes, hat Polen wesentliche Rechte in seinem Hafen einräumen müssen und muß sich von Polen außenpolitisch vertreten lassen.

Obwohl die Beziehungen Danzigs und Polens mehrfach verträglich geregelt worden sind, wird zwischen diesen beiden Staatsgebilden seit dem Bestehen ein fortwährender Kampf geführt. Danzig verteidigt seine Selbstständigkeit, Polen sucht seine rechtlichen und tatsächlichen Machtbefugnisse Danzig gegenüber auszuwehnen. Insbesondere ist Danzig bemüht, den deutschen Charakter der Stadt zu erhalten und die systematischen polnischen Verjuche, Danzig durch Zugang und Grundstückerwerb, große polnische Behörden in Danzig selbst u. dergl. zu polonisieren, haben in Danzig einen deutchnationalen Monarchismus mächtig ins Kraut schießen lassen. Viele Einzelkonflikte hat der englische Oberkommissar durch Schiedspruch schlichten müssen, manche auch der Völkerbund als höhere Instanz.

Der hartnäckige Widerstand Danzigs gegen die polnischen Ausjaugungsbestrebungen hat natürlich in Polen aufreizend gewirkt. Eine Zeitlang gestiel man sich von Warschau aus in der Drohung, man wolle Danzig dadurch bestrafen, daß man den Hafen Öbungen an der Polen zugesallenen westpreussischen Küste ausbauen und Danzig damit zuzufallen überflüssig machen will. Danzig hat freilich auf diese Zufutensmüß wenig reagiert.

Nun hat die Welle des Chauvinismus, die seit Wochen sich in einer systematischen Deutschenhege in Polen ausbreitet, sich auch gegen Danzig gewandt. Ende April hat der polnische Staatspräsident den sogenannten Korridor bereist und dabei in vielen Reden von Polens friedlicher Gesinnung, seiner hohen Kultur und dem polnischen Charakter dieses einst deutschen Gebietes gesprochen. In einer Rede in Karthaus hat er sich aber unmittelbar mit Danzig befaßt, und diese Rede war eine direkte Drohung. Danzig sei, so führte der Staatspräsident Wojciechowski aus, wirtschaftlich auf Polen angewiesen. Da es Polen fortgesetzt Politik gegen Danzig ändern, werde Polen seine bisherige nachsichtige Politik gegen Danzig ändern. Man werde — dies nicht sehr glückliche, aber bezeichnende Bild gebrauchte der Präsident zweimal — Danzig alle Lebensäfte unterbinden, bis es keine bisherige Politik Polen gegenüber geändert habe.

Dies sind die polnischen Beziehungen zu Danzig. Polens neuerliche herausfordernde Haltung gegen Deutschland ist bekannt. Mit den Tschchen kommt es trotz aller französischen Bemühungen zu keiner Einigung. Das Verhältnis Polens zu Rußland charakterisiert sich in den dauernden Truppenanhäufungen im polnischen Osten. Sollten alle diese „nachbarlichen“ Beziehungen nicht auch in Polen selbst nachdrücklich stimmen? Es dürfte freilich die Stimme der Vernunft in Polen schwer finden, das Geschrei der Nationalisten zu überhören.

Am Montag nachmittag beginnen im Reichsfinanzministerium die von den freien Gewerkschaften geforderten Lohnverhandlungen für die Eisenbahnbeamten, Arbeiter und Angestellten.

Demokratische Steuerpolitik.

In fast allen Fragen der Politik hat sich in den letzten Monaten eine starke Annäherung der bürgerlichen Mittelparteien an die Deutschnationalen vollzogen. Am auffälligsten ist das bei den Demokraten. Vor allem gilt das für ihre Haltung in der Wirtschaft- und Steuerpolitik. Beim Geldentwertungsgezet ist zweifellos der Führer der Demokratie, der 37fache Reichstagsrat Dr. Fischer, in diesem Wettrennen mit Helfersich erfolgreich gewesen.

Es konnte nicht ausbleiben, daß diese Tatsachen, die in der Öffentlichkeit bekannt geworden sind, in den Kreisen der Angehörigen und Beamten, die sich nach der demokratischen Partei zählen, lebhaftes Mißfallen erregt haben. Diese Kreise verzeihen nicht, daß der Führer der Partei, Dr. Fischer, die Steuerdrückerei der Besitzenden scharf verurteilt, während unter der Führung seiner Kollegen Dr. Fischer und Kleinath die an und für sich geringen Steuern weiter herabgedrückt werden. Die wachsende Erregung in den Anhängerkreisen der demokratischen Partei ist man nun durch Angriffe auf die Sozialdemokratie, die beim Geldentwertungsgezet allein Hüter der Staatsfinanzen und der Interessen der Arbeiter, Angestellten und Beamten gewesen ist, abzulenken. Die dem Zweck dienlich ein Artikel des „Demokratischen Zeitungsdienstes“, der sich vor allem mit der Reichstagsrede des Genossen Dr. Herz vom 15. März beschäftigt.

In diesem Artikel wird die Richtigkeit der Beispiele, die Genosse Herz zur Kennzeichnung der überaus geringen Steuerlasten der Besitzenden angeführt hat, angezweifelt. Herz habe zwei wichtige Tatsachen unberücksichtigt gelassen, die für die Verteilung der Wirkung des Vermögenssteuergesetzes von entscheidender Bedeutung seien. Das sei einmal die Tatsache, daß der Stichtag für die Vermögenssteuer nicht ein beliebiger Tag im Jahre 1923 sei, sondern gesetzlich auf den 31. Dezember 1922 festgelegt worden ist. Und zweitens sei die Vermögenssteuerbelastung von ihm berechnet worden ohne die Zuschläge, die für die Dauer von 15 Jahren im Vermögenssteuergesetz vorgeesehen worden sind.

Beide Einwände haben eine gewisse Berechtigung, sind aber doch falsch. Was den zweiten Einwand anlangt, so verweigert der „Demokratische Zeitungsdienst“, daß die im Vermögenssteuergesetz vorgeesehenen Zuschläge nur erfolgt sind als Ersatz für das Reichsnotopfer, das die bürgerlichen Parteien zuerst sabotiert und dann völlig beseitigt haben. Um die eigentliche Belastung durch das Vermögenssteuergesetz darzutun, ist es also durchaus berechtigt, seine Wirkung mit dem Tarif ohne die Zuschläge zu berechnen. Würde der Zuschlag ein der Vermögenssteuerbelastung innewohnender Bestandteil, so hätte es ja gar keinen Sinn, daß er neben dem Tarif gesondert berechnet wird.

Wenn ferner behauptet wird, daß der Stichtag zur Veranlagung der 31. Dezember 1922 ist, so ist das durchaus richtig. Aber die Folgerungen daraus sind doch falsch. Man kann natürlich, um die tatsächliche Belastung z. B. bei Wertpapieren festzustellen, den Steuerkurs mit dem Börsenkurs des Stichtages, also des 31. Dezember 1922, vergleichen. Das aber führt zu gewaltigen Trugschlüssen. Denn die Steuer wird ja nicht am 31. Dezember 1922 gezahlt, sondern Monate später. Und da der Geldwert, der als Steuer gezahlt wird, wesentlich niedriger ist als der Geldwert vom 31. Dezember 1922, so ist auch die tatsächliche Belastung sehr viel geringer. Deshalb ist es berechtigt, zum Vergleich nicht nur den 31. Dezember 1922, sondern den derzeitigen tatsächlichen Börsenkurs heranzuziehen. Wir wollen das an einigen Beispielen erläutern:

Steuerkurs	Börsenkurs		
	29. 12. 22.	26. 4. 23.	
Hapag	2244	9125	72000
Deutsch-Luzemburg	7448	24750	108750
Mannesmann	5584	15000	73000
Deutsche Bank	2048	7500	29500
Schudert	3840	12300	48500
Zellwoll-Waldhof	3024	10600	37800
Wert der 6 Papiere:	24188	79575	384300

Wie aus dieser Aufstellung hervorgeht, wäre der Börsenkurs von Ende Dezember, also dem Stichtage zur Vermögenssteuer, etwa das Dreifache des Steuerkurses. Der Kurs Ende April aber ist etwa das 16fache des Steuerkurses. In demselben Maße sinkt die tatsächliche Steuerleistung, denn sie erfolgt ja nicht zum Werte der Markt vom 31. Dezember, sondern zu dem wesentlich niedrigeren Wert von Ende April 1923. Am 31. Dezember stand der Dollar wert 7000, jetzt steht er über 30000. Die Markt ist also gesunken von 1/750 auf 1/7500. In eben demselben Maße ist die Steuerentlastung erfolgt.

Daß den Demokraten diese Tatsachen unbehagen sind, wird man mit Rücksicht auf die Stimmung in den Kreisen ihrer politischen Anhänger durchaus verstehen können. Noch deutlicher aber tritt ihre Verlegenheit zutage bei der Beschränkung der Besteuerung über die Einschätzung von Warenvorräten zur Einkommensteuer. Hier wird die durch und durch unwahre Behauptung aufgestellt, der sozialdemokratische Vorschlag habe bedeutet, „daß der Bilanzwert vielfach erheblich höher gewesen wäre als der Marktpreis“. Diese Behauptung wird dann zu stützen gesucht durch die Heranziehung falscher Termine. Stichtag bei der Einkommensteuer ist nämlich auch der 31. Dezember 1922 und nicht der 1. Februar, wie der Artikel im „Demokratischen Zeitungsdienst“ angibt. Die Wirkung der gesetzlichen Bestimmung ist, daß Warenvorräte nur mit etwa 17 Prozent des Marktpreises vom 31. Dezember bewertet werden, wie das der Erlaß des Reichsfinanzministers vom 7. April zur Vereinfachung des Veranlagungsverfahrens ausdrücklich bestimmt. Der sozialdemokratische Antrag wollte 75 Prozent des Marktpreises einlegen.

Was aber bedeutet jetzt der unter der eintägigen Förderung der Demokraten zustande gekommene Wortlaut des Gesetzes? Hatte ein Kaufmann am 31. Dezember 1922 einen Warenvorrat von 10000 Kilo im Werte von einer Million Mark, so ist dieser Warenvorrat für die Steuer gleich nur 1700000 Mk. Davon sind 10 Prozent Steuer zu entrichten, also 170000 Mk. oder 1,7 Prozent von der einen Million. Da die Warenpreise sich aber der Geldentwertung angepaßt haben, so ist der Warenvorrat, der Ende Dezember 1922 eine Million wert war, im April 1923 4 Millionen Mark wert. Auch davon zahlt der Kaufmann nur 170000 Mark Steuer, das sind 0,42 Prozent. Der Arbeiter aber zahlt durch den Lohnabzug stets — selbst bei Berücksichtigung der Ermäßigungen — mindestens 7 Prozent.

Für diesen skandalösen Zustand, der selbst bei ordnungsgemäßer Veranlagung viele Kaufleute, Industrielle und Landwirte völlig steuerfrei macht — weil zahllose ähnliche für den Besitz entlastende Bestimmungen sich im Geldentwertungsgezet befinden, tragen die Demokraten die volle Verantwortung. Sie können sich auch nicht mit Unkenntnis entschuldigen. Sie haben die Wirkung ihrer Anträge gekannt, ja gewollt, und haben

die Bestimmungen des Geldentwertungsgezetes nur deshalb so kompliziert und unübersichtlich gefaßt, weil sie verhindern wollten, daß die Sozialdemokraten das merken. Darin aber haben sie sich gründlich getäuscht. Sie haben die Gesetzesbestimmungen so schlecht formuliert, daß sich jetzt das Reichsfinanzministerium veranlaßt gesehen hat, neue Bestimmungen herauszugeben, die einfach formuliert sind. Denn die im Gesetz stehenden Bestimmungen sind in der Praxis einfach nicht durchzuführen. So steht die Steuerpolitik der Demokraten aus.

Vermischte Nachrichten.

Hochofen in Landslut. In der bekannten Klotzschmühle brach in der Nacht Feuer aus, das in kurzer Zeit die großen Oefengebäude, die Mühlen und die Restaunationsgebäude und die Wohnhäuser in Flammen setzte. Eine große Anzahl Feuerwachen waren zur Bekämpfung des Riesenbrandes, der viele Kilometer weit zu sehen war, anwesend. Sämtliche Vorräte an Getreide und Futtermitteln, die Maschinen, der gesamte Wagenpark und andere Geräte wurden ein Raub der Flammen.

Hochofen und Unwetter. Aus Halle wird berichtet: Schwere Hochofenkatastrophen, hervorgerufen durch Wolkenbrüche und Hagelschläge, werden aus der Provinz gemeldet. Am schwersten betroffen sind die Gegenden von Heitstedt, Kaumburg, Merseburg und Burg. In der Gegend von Merseburg sind die Straßen aufgerissen und die Brücken fortgeschwemmt. In den Häusern drang das Wasser bis in die oberen Stockwerke. Ganze Herden von Schafen und Ziegen, viele Rinder und Schweine sind ertrunken. Der Zugverkehr auf der Strecke nach Mücheln mußte eingestellt werden. In Heitstedt und im Haderbenthal führte ein schweres Gewitter eine Windhole mit sich, die enormen Schaden anrichtete. Zahlreiche Scheunen wurden abgedeckt, ein Dach wurde fünfhundert Meter weit geschleudert. Die Felder müssen zum Teil neu bestellt werden. Bei Naumburg ging ein schweres Hagelwetter nieder. — Das schwere Frühgewitter, das über Leipzig und Umgegend hereinbrach, hat vor allem in Leipzig-Rainwitz und Dörsch bei Leipzig großen Schaden angerichtet. Hagelwetter vernichtete zum größten Teil die erwartete Obstenergie sowie die des Frühgemüses. Der Schaden ist sehr groß.

Die Verluste der Rathenower Dampfmühle. Auf Veranlassung der Potsdamer Staatsanwaltschaft ist der Direktor der Rathenower Dampfmühle, Bruno Deimann, verhaftet und in das Rathenower Untersuchungsgefängnis eingeliefert worden. Die Aktionäre haben ungeheure Verluste. Das Defizit soll sich auf 4-5 Milliarden Mark belaufen. Wie man hört, stehen noch weitere Verhaftungen in dieser Angelegenheit bevor. Die Aktien sind an der Berliner Börse nicht mehr notiert worden.

Stetiger Ausbruch des Aetna. Aus Catania wird ein heftiger Ausbruch des Aetna gemeldet. Ein sechs Meter breiter Lavastrom ergießt sich nach Osten, wo glücklicherweise keine größeren Ansiedelungen vorhanden sind.

Ein englischer Dampfer gesunken. Nach einer in Colombo eingetroffenen Meldung ist der englische Dampfer „Dara“ bei einem Orkan an der Küste Ostindiens untergegangen. Es wird befürchtet, daß alle Menschen, die sich an Bord befanden, ertrunken sind. In der Nähe der Unglücksstelle befindet sich auch der englische Dampfer „Chitima“ in Seenot.

Verantwortlich: Für Politik und Volkswirtschaft Dr. J. Leber; für Freikunst Lübeck und Feuilleton Hermann Bauer; für Literatur Heinrich Steinberg. Verleger: Heinrich Steinberg. — Druck von Friedrich Meyer & Co., sämtlich in Lübeck.

Devisen-Kurse.

Berlin, 11. Mai.

Amthliche Devisennotierung an der Berliner Börse.

		9. Mai.
Amsterdam	1 fl.	14713,12
Brüssel (Antwerpen)	1 Frs.	2149,61
Kristiania	1 Kr.	6184,50
Kopenhagen	1 Kr.	6982,50
Stockholm	1 Kr.	9975,—
Helsingfors	1 finn. Mk.	1027,42
Rom	1 Lire	1735,65
London	1 £	173565,—
Newyork	1 Dollar	37675,57
Paris	1 Frs.	2498,73
Zürich	1 Frs.	6735,62
Madrid	1 Pesetas	3735,62
Wien	100 Kr.	62,96
Prag	1 Kr.	1118,19
Budapest	1 Kr.	6,98

Der Wanderer ohne Weg.

Roman von August Hinrichs.

88. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

Wir sitzen ja beide — sie sitzt an mir und ich sitze um sie. Da spülte ein Strom von Zärtlichkeit warm aus meinem Herzen zu ihr hinüber: „Mathilde,“ stammelte ich und streckte die Hand aus. Sie antwortete nicht, aber sie hob den Kopf und lehnte sich zurück, ohne mich anzusehen, und ihr Mund zitterte.

Unaufmerksam rann es von meinen Lippen — ich weiß die Worte nicht mehr, die ich sprach — es war nicht eigenes schmerzliches Erleben, erweitert zum allgemeinen Leid, das auch sie trug. Lüste hielt nicht die Geleichte, die mich betrag, meine Liebe zu ihr nicht die kleine Mitleidlichkeit, die nur eins ist von tausend Dingen. Für mich war sie die ewige Sehnsucht der Welt — das ewige Sehnen, Leid und Not und doch Ziel und Trost und Erlösung.

Und indem ich Mathilde einweichte in diese meine schmerzvolle Geschichte des Entzagens, glaubte ich sie selbst zu trösten und zu stärken und ihr armes Herz zu festigen gegen das Leben. Ach, ich weiß nicht mehr, was ich wollte, und es war wohl alles verworren und nicht klar genug; aber ich sprach, ohne zu bedenken und wurde selbst ruhig und heiter unter dem Klang meiner Worte.

Ich sprach in die rote Dämmerung des Zimmers hinein, die Hand über den Tisch hinweg immer noch ausgestreckt nach Mathilde, daß sie greifen und unser beider Leid verbinden möge zu einem einzigen Weh — mußte es nicht süß sein, gemeinsam zu trauern und zu dulden?

Als ich aufjauch, begegnete ich ihren Augen, die hart und bitter in meine tauchten. Da schwieg ich erschrocken.

„Wenn ich schön wäre,“ sagte sie mit dem herben Ton eines Gläubigers, der keine Schuld einfordert, „würdest du dies alles nicht sagen?“

Ich erzitterte vor dem unerschütterlichen Sinn dieser Worte.

„Mathilde,“ sagte ich weich, „wenn du mit doch glauben könntest!“ Du bist schön und vollkommen, niemand kann dies tiefer empfinden als ich.“

„Wenn ich schön wäre,“ unterbrach sie mich mit demselben bitteren Klang, „könnte mich jemand lieben!“

„Lieben wir dich nicht alle? Sieh, niemand kann dich lieber haben als ich,“ rief ich verzweifelt, daß mir uns so wenig verstanden. Und gerade deshalb möchte ich dir nahe sein — näher noch, als ein Bruder. Wenn du wüßtest, wie glücklich ich bin, alles dieses, was so dunkel und trübe in mir lauert, offenbaren zu können, dir als einen Mitmenschen so ganz vertrauen zu dürfen.“

Sie schüttelte den Kopf nicht mehr bitter, nur in einer unendlichen traurigen und mitleidigen Bewegung: „Du sprichst von dir — immer nur von dir. Du kannst nicht anders, ich weiß es. Es nützt nichts — und es ist doch so traurig.“

„Mathilde,“ rief ich vom hoffnungslosen Klang ihrer Worte erschrocken, warum müssen wir uns quälen? Können wir nicht nicht sein?“

„Gut?“ es war wie ein Lachen, als sie das sagte. „Es ist einseitig, wenn die Menschen gut sind, nichts als gut, immer nur gut — aber einmal — möchte man mehr! Alles! Ich kann es nicht sagen — und du wirst es nicht begreifen — es ist nur so traurig.“

Ich wußte nichts zu antworten und kam dem Sinn ihrer Worte nach. Genügte es nicht, gut zu sein. Eine bittere Wahrheit dämmerte mir auf, aber ehe ich sie erfaßte, sagte Mathilde, nur wieder lächelnd und mit ihrem gewöhnlichen Wortklang: „Es ist wohl dummt was ich da sagte: wir bleiben doch alle, wie wir sind.“

Dann stand sie rasch auf, reichte mir wie jeden Abend zum Gutenachtgruß die Hand und ging hinaus.

Ich hörte die schmale Holzterrasse unter ihrem Schritt knarzen, als sie zu ihrer Bodenkammer hinaufstieg. Es war ein häßlicher Laut, der wie ein Lechzen durch das Haus klang. Ich hörte, bis er verhallte und alles um mich her trumm und leblos war. Dann lag ich schweigend in der einlamen Nacht, grübelte darüber nach, wie unfähig ich dem einfachen Leben gegenüber war und hoffte, die klare Stimme meines Herzens zu vernehmen — aber auch die schwankte und schwieg.

Da öffnete sich leise die Tür und Hilde trat ein.

„Was ist's mit euch?“ fragte sie erstaunt, „wo ist Mathilde?“

Ich wies nach oben.

Sie sah mich an und schüttelte den Kopf: „Du hast sie fortgeschickt?“

„Ich habe ihr nur eine Geschichte erzählt, aber wir verstanden uns wohl nicht ganz.“

„Ach du,“ sagte Hilde, „was leid ihr für unglückliche Leute. Warum hast du ihr nicht einfach die Arme um den Hals gelegt?“

Und da ich nichts sagte, trat sie bekümmert näher und zog meinen Kopf an ihre Brust: „Siehst du, Paul, ich hätte dich so gern ein wenig glücklich gesehen; es tut mir immer so leid um dich. Und kannst du dir ein liebendes Mädchen denken als Mathilde?“

Ich möchte ihr nicht antworten und schwieg. Da gab sie mir einen heimlichen Stoß und flüsterte: „Du weißt ja gar nicht, wie schön sie ist. — du — und wie gut du es bei ihr haben könntest.“

Es tat mir wohl, meinen Kopf an der Schwester Brust zu schmiegen und mich von ihrer Liebe umfassen zu wissen. Ich wollte aufspringen und ihr widersprechen, aber ich blieb sitzen und ließ sie weiter plaudern, und eine wohlige Müdigkeit umfing mich.

„Ich leid ja alle überein, ihr Männer,“ flügte Hilde, ihr habst tausend Beben und glaubst wunder, wie hart erer Verstand ist. Nun ja, ich geh zu, daß du klug bist, aber das hast du, glaub ich, nicht einmal geahnt, daß jemand Tag für Tag neben dir hergeht und nur darauf wartet, daß du einmal die Arme aufmachst. Aber morgen, das nützt dir mit verprechen. Paul, morgen weißt du es endlich, nicht wahr?“

Da schob ich sie verzückt von mir und raffte mich auf: „Ich kann nicht, Hilde, ich kann nicht. Und morgen — morgen bin ich nicht mehr hier.“

Hilde lachte mich an, und die Tränen standen ihr in den Augen.

„Ich kann nicht anders, Hilde. — ich muß fort, irgend wohin.“

Ich wußte, daß ich keinen Tag länger hier verweilen konnte, wenn ich ehrlich gegen mich selbst bleiben wollte.

Hilde ging still aus der Tür.

Wir, die wir mitten in dem großen Strom von überlieferter Sitten, Gebräuchen und tausendjährigen Erfahrungen treiben, wissen kaum noch etwas von der ursprünglichen Kraft, mit der die einfachen Wesen der Schöpfung ihr Dasein empfinden. Sie werden geboren und sind da, bereit und befähigt, sich zu freuen und zu genießen, und einzig ihre Lust und Liebe am Leben ist es, die sie leitet.

Wir aber leiden an dem, was die Menschheit erzwungen hat und bezahlet unser Erhabenheit und unser Wissen mit dem Verlust der reinsten, der kindlichen Freude, die wir ja unserer können, freien und lässigen Mutter erwachsen sind und ihr einfaches Herz vergessen.

Als ich an jenem Vorfrühlingsmorgen wieder auf die Landstraße hinaustrat, leitete mich keine Absicht, irgend etwas zu wollen oder zu unterlassen.

Ich trug keinen Schmerz, mehr um das Gezeichnete, so glaubte ich wenigstens, und wollte meine Brust offen halten für alles, was mir an Schönum und Gutem in den Weg laufen würde.

Draußen, als ich die Pforte erreicht hatte, auf denen der Winterroggen schon grünte, freute ich mich des Spieles der Krähen- und Schwärme, die im Sonnenglanz in der letzten und hellen Luft über die Felder jagten, und des raschen Zuges der Wolken, deren weiße Kloden so leicht und ruhevoll dahinglitten; und da ich kein Ziel hatte, das ich erreichen mußte und gänzlich frei war in dem, was ich tat, so wandte ich mich um und folgte der Richtung, die sie mir wiesen.

So habe ich mich von Winden treiben lassen — nicht nur an diesem einen Morgen, da ich das Nest verließ, sondern Wochen, Monate, Jahre hindurch. Ich gab das Wollen auf — die Hoff und Anstreng, das Streben nach diesem und jenem — ich nahm mir nichts vor, kein Ziel und keine Tat; und weil ich für keine Zukunft zu sorgen hatte, genoh ich mein Dasein mit jener stillen und beschaulichen Ruhe, die nur der empfindet, der gleichsam als Unbeteiligter am Wege steht, und genüßlich den Strom des Lebens an sich vorbeigleiten läßt.

Ich weiß nicht mehr, welche Straßen ich lief — ich blieb, wo es mir gefiel und ging, wenn es mich lockte. Ich war im Osten und im Westen, ich war im Süden und im Norden des Vaterlandes — auch wohl darüber hinaus — bis ich auf fremde Zungen stieß.

Es war ein anderes Wandern als damals mit Hannes, nicht so unbedünnt und leicht und fröhlich und erwartungsvoll — mein Schauen war gleichsam schwerer und tiefer geworden, und meine Gedanken hängten zu nahe an den Dingen, als daß ich sorglos darüber hingleiten konnte.

Und doch hätte ich es nicht eintauschen mögen gegen das Vergangene.

Wir uns zu schämen und zu wehren! Unsere Hauptwaffe ist die geistige Wehrhaftigkeit. Sie bedeutet den Willen und die Entschlossenheit zum Kampf. Sie ist nur durch Ausfütterung der Geister und systematischer Erziehung zu erreichen. Unsere Kurse, Versammlungen, Zeitungen und Bücher müssen das Proletariat lehren, wehrhaft zu sein. Kein feiges Stillsitzen, kein zages Schwanken, sondern opfervolle Hingabe für Ziele unserer Klasse verlangt die geistige Wehrhaftigkeit, und da können wir noch von den geheimen Fasziistenorganisationen lernen.

Die Arbeiter müssen aber auch befähigt werden, ihre Körperkräfte zu gebrauchen. Ihre Muskeln müssen gestärkt, ihre Sehnen gedehnt werden, um die Herrschaft über sich selbst zu gewinnen, die den körperlich ermüdeten Menschen auszeichnet. Diese körperliche Wehrhaftigkeit finden wir in unserer Arbeiter-Turn- und Sportbewegung. Hier muß die Arbeiterjugend turnen, wandern und schwimmen lernen, hier muß sie sich auf dem grünen Rasen tummeln, und bei uns wird ihr auch die geistige Wehrhaftigkeit übermitteln. Recht interessant ist, was der Oesterreicher Dr. Deutsch darüber sagt: Die Arbeiter-Turn- und Sportbewegung ist in unseren Kreisen lange Zeit unterschätzt worden. Man hielt den Sport vielfach für eine mehr oder weniger harmlose Spielerei, von der man sogar befürchtete, daß sie den Arbeiter von der Teilnahme an der politischen und der gewerkschaftlichen Arbeit abhalte. Erst in der letzten Zeit hat sich die Erkenntnis durchgerungen, daß auch in der Arbeiter-Sportbewegung ein beträchtliches Stück Klassenkampf steckt. Die körperliche Erleichterung ist nicht allein deshalb so notwendig, weil sie den Arbeiter geünder und tüchtiger macht, sondern vor allem deshalb, weil sie dazu beiträgt, seine Wehrhaftigkeit zu erhöhen. Dadurch gewinnt die Turnerei eine unmittelbare Bedeutung in der großen Auseinandersetzung der Klassen während des Uebergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus. Es ist eine erste Pflicht, die Arbeiter-Turnbewegung sowie die anderen Zweige ausübender Sport (Wandervereine und Schwimmvereine usw.) zu unterstützen. Wir wollen beweisen, daß es uns stets ernst war, wenn wir sagten, daß wir für die Arbeiterbewegung geistig und körperlich tüchtige Menschen erziehen wollen, um für den Befreiungskampf des Proletariats gemoppert zu sein. Wir wollen aber auch natürlich fordern, daß die Reihen der Ordnerorganisationen rein gehalten werden. Wir lehnen es ab, Schulter

an Schulter mit Menschen zu stehen, die Mitglieder in bürgerlichen Sportvereinen sind. In jenen Vereinen, in denen die Reaktion Stütze und Halt findet. Parteimitglieder, die sich nicht von den bürgerlichen freimachen können, haben das Recht verloren, Kämpfer für das Proletariat zu sein. Gerade sie sind die Schwankenden und Halblosen, die nicht den Willen und die Entschlossenheit zum Kampfe aufbringen können. Deshalb: wehrt euch Genossen! Ein Stückchen der Freiheit haben wir gekostet; auf dieses Stückchen wollen und können wir nicht mehr verzichten. Unser Ziel ist, die volle Freiheit zu erringen und gelte es Opfer noch so groß. Wir bringen sie.

Am 2. und 3. und 10. Juni wird auch wieder hier in Lübeck unser 3. Reichs-Arbeiter-Sporttag stattfinden. Diese Tage sollen Propagandatage für den angeschlossenen Arbeiter-Sport des Sports-Kartells sein.

Genossen, zeigt, daß Ihr hinter Euren Klassengenossen steht! Arbeiter-Sport-Kartell Lübeck.

Theater und Musik.

Stadttheater.

„Camont“ von Goethe. Es war nicht mehr der junge Goethe und noch nicht der abgeklärte Olympier, der den „Camont“ geschrieben. Die Sprache adel, klassisch; der Sturm und Drang des „Gök“ ist vorbei. Für das Dramatische kein Wort! Doch sind die Gestalten lebendiger, blutvoller, sicherer gezeichnet als in den früheren Werken, als in „Gök“ oder gar in „Werther“. Fest, fester und sicher schreitet Alba an uns vorüber; nicht minder sicher der kluge und vorsichtige Dranien. Nur Camonts Bild schwankt: zu oft ist es schemenhafte Idealfigur aus des jungen Goethe Phantasie. Und gerade darunter leidet die Wirkung der Tragik im Untergang. Camont ist viel zu wenig Größe in seinem sorglosen Leichtsinne; wir hören viel von seinen großen Taten reden, aber es geht an uns vorbei. Das ist sozusagen ein anderer Camont! Und die schnelle Freundschaft mit Ferdinand, dem er Klärchen „empfiehlt“. Nein! Das ist nicht das Blut eines auch im strudelnden Treiben des leichten Lebens starken Menschen. Viel mehr an unter Mitterleben greift die Nebentraödie:

Klärchen. Wie hat Goethe ein reizenderes Wesen ersehen lassen als Klärchen; nie echterer Weiblichkeit in schwerer Stunde zu edlerer Kraft und Größe emporgeführt als im Aufruf Klärchens an die feige Bürgerschaft zur Rettung ihres Geliebten.

Frau Seidmann wurde diesem Klärchen gerecht: Süß und liebreizend als Geliebte; tatkräftig und voll Mut in der Gefahr; groß und gefaßt nach der Enttäuschung und im Ende. Wie hat Frau Seidmann auf der Bühne Besseres gezeigt, als in dieser Rolle. Die Sicherheit und der Atem ihres Spiels standen im Mittelpunkt. Herr Filges (Camont) bot ihr leider nicht durchweg das entsprechende Gegenpiel. Der Camont ist eine schwere Rolle, schwankend, vibrierend. Und nur allerbeste Kraft kann die Gestalt. Trotz heißester Bemühungen gelang das Filges nicht. Gean Schluß wurde er besser und auch ruhiger. Ein Camont, ein Liebling des Volkes, deklamiert nicht, ist nicht pathetisch. Er spricht! Nur Menschen reifen Menschen fort. Schauspielerei nicht und Klaffen nicht. Auch der Dranien des Herrn Bündter war noch zu deklamatorisch. Dranien ist kalt, kühl, klug. Seine Tränen sind nur eine Entgleisung. Aber im ganzen war Bündters Erscheinung und Spiel gut. Jungbauers Braudenburg war zu wenig guter Junge — zu sehr problematisch. Von den übrigen sei Walter Böhne genannt, der anfänglich einen ausgezeichneten Fetter gab, dann aber auch der allgemeinen Statisterei der übrigen verfiel, und Frau Geißel-Ferna (Margarete) und Herr Janßen (Majakovski). Die Regie hat den glänzenden Rahmen des Stückes leider vernachlässigt. Das Orchester des 16. Jahrhunderts und die starke finstere Herrschaft der spanischen Militärmusik — wo blieb ihre Wirkung?

Briefkasten.

J. A. Im ersten Falle erhält der Mann ein Viertel, das Kind drei Viertel des Vermögens. Ferner: Der erste Mann muß sein Kind unterhalten, auch wenn die Ehe geschieden ist und das Kind einen anderen Namen erhält. Nur wenn er den Nachweis erbringt, daß er nicht der richtige Vater ist, wird er frei. Wenn das Kind adoptiert wird, ist der erste Mann nur dann unterhaltspflichtig, wenn der Adoptierende dazu außerstande ist. 500 Mark für Kinderheim Barmbeck.

Lebensmittel.

Dampfbäckerei „Hansa“
Lübeck
J. C. D. Junge & Co.
Verkaufsstellen überall.

Reserviert

Ful. Götlicher
Nahrungsmittelfabrik

Hansa-Meierei
Fackeln Allee 29/31 Fernr. 231/557

Reserviert für

Paul Erasmii & Co.
Konservenfabrik.

Reserviert für

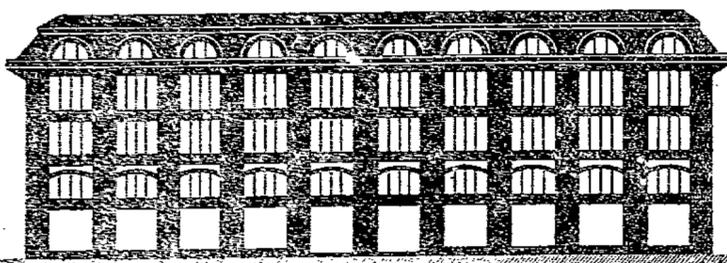
Willy Seanz Nehls
Lebensmittel-Größhandlung

Grütmühle Carl Moll

Tel. 824 u. 830 LÜBECK Alshöhe 12/14
Futter für Hühner = Grützabfälle für junge Schweine = Garantiert reines Schrot zum Mästen Umtausch von Getreide in Grütz, Flocken usw.

J. HÖPPNER

Groß-Destillation
Weinhandlung * Likörfabrik
Lübeck, Beckergrube 66
Fernsprecher 2247.



Das große leistungsfähige
Kaufhaus für Jedermann

Holstenhaus
Lübeck

Geschäftliche Rundschau und Zeitungs-Dauer-Fahrplan

Abfahrt der Züge von Lübeck nach

Hamburg: 545, 747, 1103, 126, 417, 722, 820 D-Zug, 930 Sonnt., 935.
Travemünde-Mendorf: 527 Werff., 815 Travem., 207, 652.
Büchen: 800, 130, 530. — Seeberg: 130 Werfftags, 210 Sonntags, 730.
Eutin: 715, 200, 648.
Kleinen: 715, 926 D, 942 D, 1202, 524, 925. (Ohne Gewähr. — Musterdruck.)

Lübeck's größtes Spezialgeschäft

zeigt der Bevölkerung die
Einzugsquelle für Margarine.

Lübecker Margarine-Centrale
A. DRESEN. Verkaufsstellen in allen Stadtteilen.

Wo kauft der Arbeiter Lübeck's seine
Lebensmittel
In der Feinkosthandlung von
Paul Burmester jun.
Holstenstraße 24 * Fernsprecher 3763
und in den Verkaufsstellen Meierstraßen 21, Schwönecken-
querstr. 18, Holstenstr. 3, Wakenitzstr. 23.

Ämlicher Teil

Die in der Verordnung über die Einweisung und den Betrieb von Dampfesseln vom 27. April 1918 angehängten Gebührenordnung für die Unterjuchung von Dampfesseln festgesetzten Gebühren werden mit Wirkung ab 1. Mai 1923 auf das Doppelte erhöht. (1599)
Lübeck, den 7. Mai 1923.
Das Polizeiamt.

Bekanntmachung, betreffend Erhöhung der Gebühren für die Unterjuchung von Dampfesseln.

Die Gebühren, die in der dem Gesetz über den Betrieb von Dampfesseln vom 18. Februar 1911 angehängten Gebührenordnung für die Unterjuchung von Dampfesseln festgesetzt sind, werden rückwirkend vom 1. April 1923 auf das Doppelte erhöht. (1601)
Lübeck, den 7. Mai 1923.
Das Polizeiamt.

Die in der Gebührenordnung für die Abklärung (Abnahme) von Exerzieranlagen am 25. Juli 1919 festgesetzten Gebühren werden mit Wirkung ab 1. Mai 1923 auf das Einundzwanzigfache erhöht. (1600)
Lübeck, den 7. Mai 1923.
Das Polizeiamt.

Gewerbliche Anlage.

(Veröffentlichung am 11. Mai 1923.)

Die Firma Wilhelm A. Kelle in Hamburg beabsichtigt auf der von ihr von der Finanzbehörde hier genehmigten, auf der Meerhofstraße belegenen Grundstücke eine Anlage zur Gewinnung von Chlor natrium und Schwefelsäure zu errichten (§ 16 der Gewerbeordnung).
Einwendungen gegen die Anlage sind binnen 14 Tagen, von der Veröffentlichung dieser Bekanntmachung an gerechnet, bei dem Polizeiamt anzubringen. Später eingehende Einwendungen bleiben unberücksichtigt (§ 17 der Gewerbeordnung).

Die Zeichnungen und Beschreibungen der vorerwähnten Anlage liegen im Polizeiamt am Dom, im Zimmer Nr. 24, während der gewöhnlichen Geschäftsstunden zur Einsicht aus.
Lübeck, den 2. Mai 1923. (1602)
Das Polizeiamt.

Bekanntmachung.

- Die im § 2 der Verordnung, betreffend Erhebung einer Kurtaxe im Stadteil Kurort und Seebad Travemünde vom 31. Mai 1922 festgesetzte Kurtaxe wird für den Bezirk Neu-Travemünde einschließlich Festungstraße, Neudstraße und Vorderreihe bis zur Rote für jeden Fremden und jede Nacht seines Aufenthaltes auf Mk. 1000.— für den übrigen Teil Travemünde's auf Mk. 500.—, die Gebühr für Hausangestellte auf Mk. 200.— erhöht.
- Die im § 3 des Gesetzes, betreffend Erhebung einer Wadengabe vom 5. April 1922 festgesetzten Abgaben werden auf das Dreißigfache erhöht.
- Die im § 1 des Gesetzes, betreffend Erhebung einer Gebühr für die Bescheinigung und Stempelung der Riffe und amtlichen Aufweise der im Stadteil Kurort und Seebad Travemünde vorübergehend sich aufhaltenden Ausländer vom 17. Mai 1922 wird erhöht für eine Person auf Mk. 1000.—, für eine Familie auf Mk. 3000.—.
Lübeck, den 2. Mai 1923. (1612)
Die Behörde für Travemünde.

Öffentliche Verdingung

über die schlüsselfertige Ausführung von Siedlungshäusern an der Gärtnergasse. Angebote sind bis zum Mittwoch, dem 16. Mai 1923, mittags 12 Uhr einzureichen. (1623)
Lübeck, den 11. Mai 1923.

Das Bauamt. Abt. Hochbau I.

Arbeiter sucht einfaches Zimmer. Ang. u. A 869 an die Exp. d. Bl. (1657)

Zu verkaufen 1 starker Kindertisch (1588) Hügelstraße 121, II. r.

Zu kl. Babyford, Handharmonika, Zuercherhut, Schwartau, Föpferbg. 2. (1597)

Werkmeister- Verband

Bezirksverein Lübeck.
Am Dienstag, dem 8. Mai, entließ Janst, nach langem, schmerem Leiden unser Kollege, der Werkmeister Herr

Heinrich Kalk.

Chre (1620) seinem Andenken! Die Beerdigung findet Sonnabend 2 1/2 Uhr vom Vorwerk Friedhof aus statt. Der Vorstand

Küchen- u. Sofatisch, Schlupfbluse, Vordenhut billig z. vert. Wafenstr. mauer 37, I. b. d. Johspt. (1619)